

Zeitung für Lübz-Goldberg-Plau - Dienstag, 22.02.2011

## Plädoyer für staatlichen Einfluss auf Preise

**Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge (Die Linke) informiert sich über Probleme in Apotheken Lübz**

In Apotheken kollidieren derzeit die bereits seit längerer Zeit zu erfüllenden Rabattverträge und die ab diesem Jahr geltende Packungsgrößenverordnung. Ersterer zufolge darf der Apotheker an einen Patienten nur den verordneten Wirkstoff des Produzenten herausgeben, mit dem die jeweilige Krankenkasse einen Vertrag geschlossen hat, doch oft bietet dieser die vom Arzt aufgeschriebene Packungsgröße nicht.

Durch mehrere Veröffentlichungen auch in der SVZ aufmerksam gemacht, bat Dr. Martina Bunge, Bundestagsabgeordnete der Linken und Mitglied des Gesundheitsausschusses, um ein Gespräch mit Kreisvertrauens-apotheker Wolfgang Zimmermann. Dabei brachte Christel Johans, Präsidentin der Apothekerkammer Mecklenburg-Vorpommern, die Problematik so auf den Punkt: „Weiß ist plötzlich braun, die Form komplett anders. Deshalb kommen gerade die älteren Leute zu uns und wir – obwohl zu null Prozent an der Ursache beteiligt – müssen versuchen zu erklären. Wir helfen, aber aus Unsicherheit haben Patienten zum Beispiel schon versucht, das Präparat wegen seines jetzt veränderten Aussehens zu zerteilen, woraufhin die Medikamente zerbröseln sind. Dies gefährdet die korrekte Einnahme und birgt ein enormes Risikopotential. Ich wage nicht einzuschätzen, wie viele Folgeerkrankungen so zustande kommen.“ Dass alles bezahlbar bleiben müsse, verkomme zu einem Lippenbekenntnis.

Die Rabattverträge können laut Zimmermann dazu zwingen, ein hochpreisiges Arzneimittel mit dementsprechend hoher, vom Patienten zu leistender Zuzahlung abzugeben, obwohl es in vielen Fällen günstigere Präparate gäbe. Niemand wisse, welchen Preis die Krankenkasse mit dem Hersteller vereinbare. Möglich sei, dass er sogar unter der Zuzahlungshöhe liegt. Deshalb sei es komplett falsch, den Apotheker als Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen anzusehen, wie manchmal noch geäußert: „Transparenz war stets ein Heiligtum, doch das ist lange vorbei.“

Die Politikerin zeigte sich entsetzt. Für sie müsse Schluss damit sein, dass die Pharmaindustrie Preise diktiert. In den Niederlanden etwa habe die Gesundheitsreform dafür gesorgt, dass alle Medikamente jetzt 25 Prozent günstiger seien. Bunge werde die ihr geschilderten Probleme in den Bundestag einbringen und sich zum Beispiel für staatliche Einflussnahme auf Preise und dafür einsetzen, mehr Geld in Forschung zu investieren: „So schlimm hätte ich mir die Dinge nicht vorgestellt. Alles zusammen ist ein Unding und widerspricht Anforderungen an eine demokratische

Entwicklung.“  
**ilba**